

Wegzugspreis:
Bismarckjubiläum
Der Diez 4.50 Mk.
Bei den Postanstalten
(einschl. Bestellgeld)
4.60 Mk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Zehn und Zwanzig
von D. Chr. Göttinger,
Druck.

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Zeitung
Die hiesige Zeitung
der von 1880 bis
heute 90 J.
Ausgegeben:
Herrn Rosenkranz 10.
Herrn Schreiber 12.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Gehr.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Ar 17

Diez, Montag, den 26. Januar 1920

26. Jahrgang.

Die Kaiserfrage.

Der Ausschuss der niederländischen Kammer hat keine Entschliessung zur Auslieferung gefasst. Der Ausschuss hat die Erklärungen der niederländischen Regierung mit Zweidrittelmehrheit gebilligt, die die Aufrechterhaltung des Asylrechts der Niederlande ausspricht. Die Mehrzahl der französischen Blätter kommt nach längeren Berichten über die Auslieferungsforderung des Kaisers zu dem Urteil, dass Frankreich die Auslieferung nicht wünsche und auch keinen Anlass zu diesem Zwangsgebot habe. Die katholische Presse Frankreichs ist in ihrem Urteil noch bestimmter. Sie erklärt, deutlich, dass England und besonders die Anhänger Lloyd Georges die Auslieferung ablehnen und Frankreich als Mitbeteiligter am Gängelband führe. Die meisten dieser Blätter sind aber beruhigt, da sie voraussetzen, dass mit der holländischen Ablehnung die Angelegenheit erledigt sei. Auch in England weht in den letzten Tagen ein anderer Wind in der Presse. Mit Ausnahme weniger Blätter, wie der „Morning Post“, die aber auch nicht mehr so radikal an der Forderung festhält.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein neuer Vorstoß der rheinischen Sonderverbände. Am 22. Januar fand in Vöpping eine aus allen Teilen des Rheinlands von Vertretern aus besetzten Gebieten zur Gründung einer Rheinischen Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen der rheinischen Lande statt. Die Versammlung stellte einen Organisationsplan und das Programm endgültig fest und gab Richtlinien für die Propaganda. Als Vorstand der Vereinigung wurden gewählt: Erster Vorsitzender Oberpfarrer Petrus Kasper, Köln, Zweiter Vorsitzender Justizrat Peter Weller, Köln, Erster Schriftführer Amtsgerichtsrat Dr. Diehl, Mainz, Zweiter Schriftführer Eisenbahnbetriebsrat Richter, Köln, Erster Kassierer Pfarrer Klee, Bielefeld, Zweiter Kassierer v. Grand, Köln, Nachsicht: ferner Fabrikant Diers, Geldern, Dr. Dörten, Wiesbaden, Stadtverordneter Dülles, Bielefeld, Kaufmann A. Janßen, Ketteler, Bürgermeister Koth, Wiesbaden, Frau Elie Jagerl, Köln. Dem Vorstand steht ein erweitertes Hauptauschuss zur Seite. Zum Schluss fasste die Versammlung einstimmig folgende Entschliessung: Die in Vöpping am 22. Januar 1920 versammelte Delegation der Rheinischen Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen der rheinischen Lande stellt fest, dass die Ausführungen des Abgeordneten Trimbors auf dem Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei in Berlin am 19. Januar 1920 über den zeitweiligen Einheitsstaat den Ansichten und Wünschen der Rheinischen Volksvereinigung in Bezug auf die Neugestaltung des Deutschen Reiches in bemerkenswerter Weise Rechnung getragen haben. Die Rheinische Volksvereinigung ist zwar der Meinung, dass die Darlegungen dem Begriff eines Einheitsstaats Wesen und Kern entsprechen und legt auf diese Terminologie keinen Wert. Dagegen fordert sie in Übereinstimmung mit dem Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei und im Sinne des deutschen Föderationsstaates mit aller Entschiedenheit die sofortige Aufstellung des alten Preussens als unabweisbare Vorbedingung für die Gründung Deutschlands; und die weitestgehende Autonomie für die neugebildeten Gliedstaaten. Für das besetzte Gebiet fordert sie aus Gründen der inneren und äußeren Politik die sofortige Bildung eines auf freier Wahl der Bevölkerung beruhenden Parlaments und erwartet, dass die rheinischen Parlamentarier den Forderungen mit Nachdruck zur Geltung kommen lassen. Der Vorsitzende Oberpfarrer Kasper gehört zu den Führern des Zentrums in Köln und wurde sogar als Nachfolger des Trimbors v. Hartmann genannt.

Eine Rheinlandreise der preussischen Minister zur persönlichen Fühlungnahme und Beachtung des Hochwasserbeschädigten für Anfang Februar ist in Aussicht genommen. Wenn die parlamentarische Lage es gestattet, an der Reise werden der Ministerpräsident, sowie die Minister Meine, Dr. Südekum, Fischel und Steyerwald teilnehmen. Die Reise dient ferner dem Zweck, die Minister über die augenblicklichen Verhältnisse im besetzten Gebiet zu orientieren und in Aussprache mit den politischen Parteien, mit Handels- und Handwerkskammern und anderen Körperschaften den Zusammenhang mit der rheinischen Bevölkerung enger zu gestalten.

Die Uebereignung der Saargruben. Die formelle Eigentumsübertragung der mit dem 11. d. Mts. in französischen Besitz übergegangenen Saargruben fand am 17. d. Mts. statt, und vom 18. Januar, vormittags 6 Uhr an übernahm die französische Verwaltung die Leitung des Betriebes. Den Beamten der einzelnen Gruben wurde am 18. d. Mts. nachmittags eröffnet, dass sie jetzt als Angestellte des französischen Staates gelten. Ein Beamtenausschuss wird in den nächsten Tagen wegen der mit der deutschen Regierung zu regelnden Fragen nach Berlin rufen. Sämtliche Saargruben unterstehen dem Generaldirektor Tessie mit dem Sitz in Saarbrücken. Die Saarbrücker Bergwerke bleiben bestehen. Wie schon der Friedensvertrag vorsehreibt, hält Frankreich die Arbeiterversicherung und besonders den Knappschaftsverein aufrecht. Die französische Verwaltung wendet sich an die Angestellten und Arbeiter mit der Aufforderung zur lokalen Mitarbeit. Auch die bisherigen hiesigen Staatsgruben St. Ingbert und Mittelbergbach sind mit dem gleichen Tage in das Eigentum des französischen Staates übergegangen, und französische Beamte haben die Leitung übernommen. In einer Versammlung der Arbeiterausschüsse, Knappschaftsorganisationsvertreter usw., die kürzlich in Zweibrücken in Anwesenheit päpstlicher Parlamentarier und des Generaldirektors tagte, wurde ein ergreifendes Treuegelöbnis aller Grubenangehörigen abgelegt.

Keine Freifahrt für alliierte Militärpersonen. Vom 25. d. M. an müssen nach einem Uebereinkommen zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission, den verbündeten Militärbehörden und den deutschen Behörden die Offiziere, Mannschaften und sonstigen Angehörigen der verbündeten Armeen auf der Eisenbahn die gleichen Fahrpreise bezahlen wie deutsche bürgerliche Reisende, außer wenn sie dienstlich oder in Urlaub fahren.

Spielen in der Stadt? Der Frankfurter Zeitung wird aus Mainz gemeldet, dass die französischen Behörden durch die deutschen Ortsbehörden eine neue Verfügung erlassen. Danach wird es den deutschen Besitzern strengstens verboten, Kneipen, die an Angehörige der Besatzungstruppen vermietet oder überlassen sind, in Abwesenheit des Mieters oder ohne seine besondere Erlaubnis zu betreten oder eigenmächtig Gegenstände irgendwelcher Art daraus zu entfernen. Solche Handlungen würden künftig als Spionageverbrechen oder als Attentat gegen die Sicherheit der Truppen verfolgt und schwer bestraft werden.

Deutschland.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer ist den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten zufolge über Köln nach Paris abgefahren. Der bisherige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris, Legationsrat Freiherr v. Versner, wird als Vizegeschäftsträger unter dem Geschäftsträger Dr. Mayer in der französischen Hauptstadt bis auf weiteres verbleiben. Das Berliner Journal bringt eine Unterbrechung mit dem deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer, der u. a. ausführte: Meine Mission ist begründet auf der strikten und loyalen Ausführung des Friedensvertrages ohne jeden Hintergedanken.

Gegen Erzberger. Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, hat der hiesige Salin-Reisende an den Vorsitzenden der Zentrumspartei Trimbors folgendes Telegramm gerichtet: Ich protestiere als Rheinländer und als Reichstagsabgeordneter für Euren in schärfster Form gegen die Prozedur Erzbergers, die Vertreter Rheinlands hätten erklärt, Frieden um jeden Preis, sonst los von Deutschland. Der Ausdruck ist eine niederträchtige Vandalenleumdung der Deutschen des Rheinlands und ihrer Vertreter. Namen nennen!

Gegen die Sechshundertsicht. Eine Versammlung in Münster in Westfalen, auf der die Vertreter von 43 westfälischen Zementfabriken und die Vertreter von 13 Arbeiterverbänden teilnahmen, kam zu dem Ergebnis, dass eine Katastrophe unvermeidlich sei, wenn die Bergarbeiter die Sechshundertsicht durchzusetzen versuchen.

Partei-politisches.

Der Zentrums-Parteitag nahm am dritten Tag ein Referat des Abgeordneten in der Nationalversammlung Dr. Brauns über Parteiorganisation und Parteipresse entgegen. Der Redner betonte wiederum, dass das Zentrum keine konfessionelle Partei sei. Es mache keine allgemeine Politik aus kirchenspezifischen Rücksichten, sondern ihrer selbst wegen. Wegen der Abspaltung nach rechts fand der Redner scharfe Worte. Die Linke erwies sich als unfähig, die neuen Aufgaben zu meistern. Wenn man aus dem innerpolitischen Chaos einen Ausweg finden wolle, dann brauche man eine breite, große Wahlmasse erfassende Mittelpartei, die religiös-sittlich fundamentiert und bereit sei, auf diesem Fundament den demokratischen und sozialen Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen. Zum Schlusse seiner Ausführungen nach links gerichteten Orientierung der Zentrumspartei, vornehmlich mit Rücksicht auf die starke Arbeiterbewegung in der Partei. Im übrigen besprach der Redner Einzelheiten der Parteiorganisation, die auf demokratischer Grundlage errichtet werden soll. An das etwa zweistündige Referat schloss sich eine längere Aussprache. Dabei behauptete u. a. der Stadtverordnete Meibinder (Berlin), als evangelisches Mitglied, dass gerade das Zentrum keine rein kirchliche Partei sei, sondern auch den evangelischen Interessen gerecht werde. Der Verleger Lening (Darmstadt) begrüßte es, dass durch die Ausgestaltung der G. B. G. und durch angemessene Vertretung der Parteipresse in den Provinzialausschüssen und auch in den Reichsparteitagen die Verbindung zwischen Partei und Presse enger gestaltet werden solle. In eindringlicher Rede machte er ferner den Zentrumsparter schwere Vorwürfe, weil sie durch ihre Zustimmung zur Anzeigenerhöhung und zum Betriebsrätegesetz die schon ohnehin schlimme Lage der Presse noch verschlechtert habe. Durch die Anzeigenerhöhung seien die Zeitungen mit einer Sondersteuer, einer Luxussteuer bis zu 10 v. H. belegt worden, als ob die geistige Nahrung der Zeitungen mit Luxusgütern aller Art auf eine Linie zu stellen wäre. Damit sei der ganzen Presse eine Sonderbelastung von 300 Millionen Mark aufgebürdet worden. Die Belastung würde nicht nur den Ruin zahlreicher Zeitungsunternehmen herbeiführen, sondern auch zur Folge haben, dass die Anzeigen noch mehr als bisher aus den politischen Zeitungen in sogenannte Generalanzeiger abwandern. Wenn nicht auf Grund der vom Abgeordneten Waldstein in der Nationalversammlung eingebrachten Resolution in allerhöchster Zeit Maßnahmen getroffen würden, durch die wir es im Kriege bezüglich des Papierpreises gesehen sei, den Zeitungen geholfen würde, dann würden alle politischen Parteien in allerhöchster Zeit eine Katastrophe auf dem Gebiete des Zeitungswesens erleben. Der Redner gab ferner dem lebhaften Bedauern Ausdruck, dass die Partei keine entscheidenden Schritte getan habe, um die Presse vom Betriebsrätegesetz zu befreien. Der § 35a des Gesetzes sei ein schwacher und ungenügender Schutz, der sich in der Praxis als völlig unwirksam erweisen werde. Es seien schon Fälle zu verzeichnen, dass Arbeiterausschüsse ihren Verlegern Vorhaltungen gemacht hätten, dieser oder jener Redakteur arbeite nicht genug. Er solle ihn entlassen und das ersparte Gehalt den Arbeitern geben. Ebenjotig könnten Inhalt und Fassung eines Artikels beanstandet werden. Dann wäre es mit der Weisheit der Presse vorbei. Die Presse könne eine bessere Wahrnehmung ihrer Interessen durch die Fraktion verlangen, zum mindesten, dass die Fraktion vor solchen Geheizen die Pressevertreter als Fachleute heranziehe.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 22. Januar 1920.

Der Gesandtenrat zur Unterbringung von Beamten aus den abzutretenden und besetzten Gebieten und zur Erweiterung des Fischereihafens Westmünde gehen an Ausschüsse.

Die Vorlage über Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse staatlicher Arbeiter und gering besoldeter Staatsbeamter wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgte die erste und zweite Beratung des Gesetzes zur Niederschlagung von Untersuchungen. Demnach sollen solche gerichtliche Untersuchungen, die infolge der Kriegsverhältnisse mindestens seit dem 1. März 1917 schweben, im Wege der Gnade niedergeschlagen werden. Der Entwurf wurde angenommen.

Es folgte die Beratung des Antrages Bergt (D. R.) und von Krause (D. Bp.) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Bearbeitung der Besoldungsvorlage und in Verbindung damit die Beratung eines Antrages des Finanzministeriums zur Zahlung einer 150prozentigen Teuerungszulage an Beamte und Lohnangestellte höherer Ordnung.

Finanzminister Dr. Südekum: Der Staat muß sich ein pflichttreues, tüchtiges und unbestechliches Beamtenum zu erhalten suchen. Die Besoldungsreform ist in voller Arbeit. Die Ministerkonferenz wird demnächst stattfinden, so daß die Reform am 1. April ds. Js. in Kraft treten kann. Abg. Frug (Zentr.): Wir begrüßen es, daß auch die Pensionsverhältnisse neu geregelt werden sollen. Dem Antrag des Ministers stimmen wir zu.

Abg. Müller (Zd.): Wir müssen ein arbeitsfreudiges Beamtenum erhalten. Nicht lange leben, sondern handeln! Abg. Schmidt (Zd.): Der großen Not der Beamten muß jetzt schnellstmöglich abgeholfen werden. Wir begrüßen alle Schritte auf diesem Wege.

Finanzminister Dr. Südekum: Ich kann nur wünschen, daß die Beamtenvertreter sich bei ihren Verhandlungen nicht Zurückhaltung auferlegen, sonst wird es der Regierung erschwert, ihr Entgegenkommen weiter zu üben.

Abg. Rehe (Zd.): Die deutsche Produktion muß endlich mit voller Kraft wieder einsetzen. Sonst wird die Besoldungsreform durch die Preissteigerung aller Bedarfsartikel in wenigen Wochen wieder überholt.

Abg. Barthel (Demokrat): Die Aufbesserung der Gehälter muß in jeder Weise beschleunigt werden.

Abg. Bulsdange (Zd.): Auch wir sind mit der Erhöhung der Teuerungszulagen einverstanden.

Der Antrag des Finanzministers wird einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag Bergt. Dem zu bildenden Ausschuss werden die übrigen Anträge überwiesen.

Es folgte die Beratung des Antrages Geld (Deutsche Volkspartei) auf Beschaffung von Stickstoff und Kali für die Landwirtschaft. In Verbindung damit steht die Beratung des Antrages der Deutschnationalen auf Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen und auf Befreiung der Zwangswirtschaft für Zuckerfabriken und der Antrag Gerold (Zentr.) betr. Beschaffung von Saatkartoffeln und Verbesserung der Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben.

Abg. Geld (Deutsche Bp.) begründet die Anträge.

Unterstaatssekretär Kamm: Der Kaliindustrie werden soviel Kohlen zugewiesen, daß wir wieder eine ständige Belieferung der Landwirtschaft mit Kali erhoffen können.

Abg. Schenke (Zentr.): Wir verlangen, daß den Landwirten hinreichend Saatkartoffeln befreit werden.

Unterstaatssekretär Kamm teilt mit, daß die in den Fabriken noch vorhandenen Stickstoffbestände schnellstmöglich abtransportiert werden sollen.

Die Beratung wird darauf unterbrochen. Es wird noch eine Reihe von Mitteilungen erledigt.

Sitzung vom 23. Januar 1920

Auf der Tagesordnung stehen 20 keine Anträge. Die förmliche Anfrage des Zentrums, ob die Staatsregierung bei der Reichsregierung darauf hinarbeiten wolle, daß die Preise für die an den Verband abzutretenden Milchkühe erneut geprüft und so festgesetzt werden, daß für den Abgabepreis eine gleichwertige Milch wiedererlangt werden kann, beantwortete ein Regierungsvertreter dahin, daß die Regierung zurzeit keinen Anlaß habe, bei der Reichsregierung eine Erhöhung der Preise anzuregen, da dem Reichhalter die Möglichkeit gegeben sei, wegen einer Entschädigung sich an das Reichswirtschaftsgericht zu wenden.

Es folgte die erste Beratung der Vorlage wegen Befreiung der Kompetenzkonflikte bei gerichtlicher Befreiung von Beamten und Militärpersonen wegen Amts- und Diensthandlungen, bei Klagen gegen den Staat wegen Amtspflichtverletzung von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Das Haus überweist die Vorlage an den Rechtsausschuss.

Hierauf wird die Beratung der förmlichen Anfrage Geld (D. Bp.) über die Beschaffung von Stickstoff und Kali für die Landwirtschaft in Verbindung mit den Vorschlägen Graf Kanitz-Gerold und von Kessel wegen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Ost- und Westpreußen, wegen Befreiung der Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und

Rüben und wegen der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker fortgesetzt.

Hg. Dr. Schreiber (Dem.) erklärt, die Reichstümer, die wir noch haben, müssen wir planvoll ausnützen, unsere Rohstoffvorräte und unsere Landwirtschaft. Die Regierung muß ein großzügiges Programm aufstellen, das alle Gebiete der Wirtschaft umfaßt. Die Kardinalfrage ist: Was können wir tun, um unsere landwirtschaftliche Produktion zu steigern? Daher müssen die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte unbedingt erhöht werden. Die Landwirtschaft muß die Sicherheit haben, daß die Preise für ihre Produkte auch mit einem etwaigen Steigen der Herstellungskosten steigen. Bei den Landwirten besteht ein großer Widerwille gegen die Zwangswirtschaft, weil sie an den Zwang nicht gewöhnt sind, der nur die Arbeitsfreudigkeit der Landwirte hemmt. Den Antrag kann ich nicht ablehnen.

Hg. Dr. Kessel (Deutschnat.): In allen wesentlichen Punkten bin ich mit dem Vordränger einverstanden. Dem Antrag der Demokraten auf bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff und auf planmäßige Stellung von Arbeitskräften für den Zuckerrübenbau stimmen wir zu. Der Zustand der Zuckerrüben ist minderwertig, der Zuckergehalt ist gewaltig herabgegangen. Die Zwangswirtschaft für Zucker muß unbedingt beseitigt werden. Nur so kann die Produktion gehoben und eine entsprechende Menge Raffinade ins Ausland exportiert werden. Es gibt kein anderes Mittel, die Produktion zu heben als die freie Wirtschaft. Brotgetreide und Mehl müssen allerdings in der Zwangswirtschaft verbleiben.

Hg. Dr. Mehlhof (U.S.P.): Nur der Sozialismus und der Anschluß an Sowjet-Rußland können Deutschland vor der Ernährungsnot bewahren.

Hg. Stendel (D. Sp.) stimmt dem demokratischen Redner vorbehaltlos zu und spricht für Aufhebung der Zwangswirtschaft zum Herbst mit Ausnahme der Getreidewirtschaft und Bewirtschaftung der Milch.

Hg. Graf Kaniß (Deutschnat. Sp.) verurteilt das Prämiensystem. Die Preissteigerung wird durch die Prämien nicht gerechtfertigt. Die Reichsgetreidekasse macht mit dem Prämiensystem ein sehr gutes Geschäft. Es ist also eine große Unaufrichtigkeit, die Schuld an der Brotverteuerung den Landwirten in die Schuhe zu schieben. Redner zieht seinen Antrag bezüglich Dispreußens, der heute von der Zeit überholt ist, zurück und behält sich für später einen neuen Antrag vor. Zum Schluß bittet er um eine klare Antwort, wie wir bis zum Juni durchkommen können mit der Ernährung.

Unterstaatssekretär Kamm teilt mit, daß die Ueber-schüsse der Viehhandelsverbände größtenteils der Förderung der Viehzucht zugute kommen.

Unterstaatssekretär Peters: Wenn das Prämiensystem nach der Weise des Vordrängers in Grund und Boden geteilt wird, dann wird es freilich ein Fehlschlag sein. Ich meine wir sollten in der Ernährungsfürsorge alle an einem Strang ziehen. Inwiefern wir die Zwangswirtschaft aufheben können, wird wesentlich von der nächsten Ernte abhängen. Ich hoffe, daß wir mit ausländischer Hilfe in den letzten Wochen bis zur nächsten Ernte auskommen werden.

Ein Kommissar des Eisenbahnministers tritt der Annahme entgegen, daß Dispreußen von der obersteilischen Reklamation abgeschnitten sei.

Die Beratung wird abgebrochen. Dienstag Fortsetzung. — Die Forderung der Unabhängigen, am Dienstag auch über ihren Antrag betreffend Aufhebung des Belagerungsstandes zu verhandeln, wird abermals abgelehnt.

Vermischte Nachrichten.

Raubüberfall. Auf der Straße im Walde bei Altmühl (rhein. Industriebezirk) wurden vier Männer, die in einer Geldkassette mit 200 000 Mark Lohnzählern bei sich führten, von zehn verummanteten und maskierten Kerlen überfallen. Es entspann sich zwischen den Überfallenen und den Angreifern ein heftiger Kampf, bei dem ein Mann und ein Pferd erschossen wurden. Ein Mann wurde an einen Baum gebunden, den beiden andern gelang es, zu entkommen. Die Räuber setzten sich in die Drecke und sind trotz sofortiger Verfolgung unerkannt entkommen.

Bermundgeld. Die aus dem Balkan zurückkehrenden Truppen bringen in erheblichen Mengen Bermundgeld mit, d. h. Banknoten, die von der westrussischen Armee ausgegeben sind. An der Ausgabe dieser Scheine ist das Deutsche Reich, wie wir von amtlicher Seite hören, nicht beteiligt. Selbstverständlich ist das Bermundgeld in Deutschland kein gesetzliches Zahlungsmittel und ist auch im Bankverkehr nicht verwertbar. Zu seiner Annahme ist daher in Deutschland niemand verpflichtet. Ebenjowenig besteht für das Reich eine Verpflichtung zur Einlösung.

Laßt Euch ein Bankkonto eröffnen und zahlt durch Ueberweisung oder Scheck!

Aus Provinz und Nachbargebieten

! Der Landesanstalt in Wiesbaden erklärte sich damit einverstanden, daß der der Handwerkskammer Wiesbaden zur Beschaffung von Rohstoffen usw. eingeräumte Kredit von 300 000 auf 500 000 Mark erhöht wird, und genehmigte die Auszahlung von 2000 Mark zur Hebung und Förderung der Ziegenzucht im Gebiete des Bezirksverbandes an den Verband des Nassauischen Ziegenzuchtvereins.

! Limburg, 23. Jan. Durch die Aufmerksamkeit eines Beamten der Wach- und Schließgesellschaft und der Polizei gelang es, einen Einbrecher festzunehmen. Es handelt sich um einen Verbrecher schwerster Sorte, der vor einiger Zeit aus der Strafanstalt Ziegenhain ausgebrochen war. Sein Kumpen entwich der hiesigen Polizei. Die Verhaftung erfolgte nachts, als die Verbrecher von einem Einbrüche im Dom, bei dem sie aber keine Beute machen konnten, zurückkehrten und in auffälliger Weise vor einem Goldwarengeschäft herumlungerten, um dort ihr Glück zu versuchen.

! Frankfurt, 21. Jan. Die Straßenbahn konnte nach 14tägigem Stillstand gestern zum ersten Male wieder einen beschränkten Dienst von täglich 2½ Stunden aufnehmen. Die elektrischen Tunnusbahnen nach Bad Homburg und Oberwiesenthal sind außer Betrieb, da das Ueberlandwerk Höchst a. M., an das sie angeschlossen sind, noch stillliegt. Auch die Harbwerke Höchst, die Chemischen Fabriken Leo-

pold Casella a. Co. in Mainkur, die Adlerwerke in Frankfurt a. M. und zahlreiche andere große Werke liegen trotz großem Auftragsbestand wegen Kohlenmangels still.

Aus dem Unterlahnkreise.

! Allendorf, 26. Jan. Die hiesige Gemeindefagd wurde an Kaufmann Fied-Wiesbaden für 900 Mark verpachtet. Die seitherige Pacht betrug 400 Mark.

Eingefandt.

Aus welchen Gründen wurde für den Wahlbezirk D die Liste „Arner“ aufgestellt.

In einer Versammlung im Saalbau Münzler in Nassau-Schneeren tagten die Bauernschaften des Wahlbezirks D, um sich über die Aufstellung ihrer Interessenvertreter zu beraten. Breite Kreise des Wahlbezirks D hielten diese Versammlung für eine vertrauliche Besprechung dieser Hörerschaften unter sich und blieben ihr deshalb fern. Man hoffte auf eine sich daran anschließende Zusammenarbeit, war aber sehr erstaunt, als das Ergebnis der Versammlung, eine verbundene Liste der Bauernschaften mit dem Sozialdemokraten, zu Tage trat. Wo blieb nun die Interessenvertretung derjenigen, die eine Vertretung ihrer Interessen und der der Gesamtheit, in der lediglich eine Wirtschaftsgruppe darstellenden Bauernschaft und der lediglich von parteipolitischen Gesichtspunkten geleiteten Sozialdemokratie nicht vertreten glaubten? Wirgt nicht diese Zusammenschließung die Gefahr aufstretender reiner Interessenkämpfe in den Kreislaufungen in sich? Der echt demokratische Gedanke eines Ausgleichs dieser in der Praxis sich schroff gegenüberstehenden Interessen lag nahe und wurde auch zur Wirklichkeit. In Verbindung mit Vertretern aus allen Schichten der Bevölkerung des Wahlkreises D, kam so die Liste „Arner“ zustande. Sie will sich weder gegen die Bauernschaften, als solche noch gegen die Sozialdemokraten wenden, das Wahl der Gesamtheit liegt ihr am Herzen, und das kann nur geschehen, wenn einer dem andern, der Bauer dem Arbeiter und dem Angestellten und umgekehrt zu fruchtbringender Arbeit unter die Arme greift. Mit Recht könnte da der Bauer sagen: Da kommen aber wir, als stürzter Versuch zu kurz! Daran sind wir nicht schuld. An erster Stelle stand das Vorhandensein der Kreisbauernschaft Landwirt Decker aus Dörnberg. Aus uns bis jetzt unbegreiflichen Gründen mußte dieser, sich allseitiger Wertschätzung erfreuende Mann aus Drängen des Vorstandes der Kreisbauernschaft zurücktreten. Ist's kurzschichtigkeit oder böser Wille? Wir wissen's nicht, wir wenigstens wollten das Gute.

So rüdte denn der vom Vertrauen dieser Wähler aus Wenden, Weinähr und Oberhof getragene Leiter der Wiederaufbau-fabrik, Arner, an erste Stelle, dem der langjährige in Kommunalwesen erfahrene Dörnberger Bürgermeister Groß — der auch als tüchtiger Bauer gilt — als zweiter folgt, während der Eisenbahnarbeiter Josef Gies aus Schneeren und der Schachmeister Sachinger-Dörnberg aus eigener Erfahrung wissen, wo auch den Arbeiter und unteren Beamten der Schutz drückt.

Wir geben dieser Liste das Geleite mit dem Wunsche, daß alle für die Räte des Einzelnen und jeder eine für die Räte des Ganzen eintreten mögen, erst dann kann die Arbeit aller für alle segensreiche Früchte bringen.

Aus Ems und Umgegend.

! Die Erneuerungswahlen des evangelischen Kirchenvorstandes und der Kirchen-Gemeindervertretung sind gestern unter einer bisher unerreichten Beteiligung getätigt worden. Von den rund 1000 Wahlberechtigten sind 204 zur Wahl erschienen. Das Ergebnis ist das folgende: Kirchen-vorstand: Bauunternehmer Ph. Klein, (203), Obersteiger a. D. Brink (201), Bäckermeister Schmidt (163), Gemeindevorstand: Schuhmachermeister Dreißig (203), Ingenieur Reuter (203), Direktor A. Fischer (200), Justizrat Herr (199), Straßenmeister Müller (180), Flakmeister Meyer (148), Baumeister Gull (145), Rudolf Eisler (144), Steiger Nieder (144), Spenglermeister F. Loh (144), Maurermeister Frz. Ruhl (143), Bahnschaffmeister Ratz (124), Hauptlehrer Reinges (126), Oberbahn-assistent Major (123), Rentant Höhn (122), von Kemmenau mit je 145 Stimmen: A. Hordach, Fr. Gros, Jakob Müller und von Hordach mit je 145 Stimmen Bäckermeister Alb. Martin und Wilhelm Karl. Die Namen der Gewählten müssen nach der Kirchenordnung an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen im Hauptgottesdienst bekannt gemacht werden. Einwände gegen die Wahl können bis zu der zweiten Verkündigung von jedem Wahlberechtigten Gemeindeglied erhoben werden. Die Dienstverführung der neugewählten Kirchenvorsteher findet im Hauptgottesdienst vor der Gemeinde, voraussichtlich am 22. Februar, statt. Für das Amt des Kirchenrechners hatten sich 2 Bewerber gemeldet. Da sich keine Stimmeneinheit für den einen oder anderen Kandidaten fand, wurde Kaufmann Gröfel durch das Los zum zukünftigen Kirchenrechner bestimmt. — Die Wiederbeschaffung unserer Kirchenglocken hat unsere kirchlichen Würdenträger schon wiederholt aufs lebhafteste beschäftigt, ohne daß man bei der Fülle der sich dabei erhebenden Bedenken und Fragen zu einem abschließenden Ergebnis hätte gelangen können. Die Verhandlungen mit verschiedenen Glockengießereien sind schon seit Wochen im Gange, in der aller nächsten Zeit wird der Ingenieur einer als besonders leistungsfähigen Firma zum Zwecke weiterer Verhandlungen hier erwartet. Um aber auf jeden Fall einmal einen guten Anfang zu machen, soll wie an den meisten größeren Orten, auch in Ems in der aller-nächsten Zeit eine Glockenspende gesammelt werden, über die vorher noch Näheres mitgeteilt werden wird.

! Dausenau, 25. Jan. Das Eisenkreuz 1. Kl. wurde dem ehemaligen Musikleiter Hans Görtler, der als junger Kriegesfreiwilliger viel mitgemacht hat, nachträglich verliehen.

Aus Nassau und Umgegend.

! Besipwechel. Die Geschäftsräume und das Warenlager der Firma J. B. Ruhn (Inhaber Wols Ruhn), welches 1834 von dem Großvater des jetzigen Inhabers gegründet und 1897 von diesem von dem Vater übernommen wurde, ist an den Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend e. G. m. b. H. übergegangen.

Aus Diez und Umgegend.

! Besipwechel. Das Bestium des Stufatourmeisters Karl Schwarz (im Schläfer) ging für 33 000 Mark an Herrn Karl Reusch von hier über.

Eingefandt.

! Musikwünsche. Welche unauflösbaren Bindungen zwischen Kunst und Leben, zwischen Kunst und Leben! In der Dier-Hinterliege, braucht man wohl niemand mehr zu warnen, der dort war, wohl aber wollen wir recht vielen die nächste Gelegenheit, die Herr Prof. Doktor Beckner noch während des Konzertes zuschickte, die Wiesbadener Künstler in die zu hören, nicht ungenützt vorbeigehen zu lassen. Die in der zu und umliegenden fünfzigjährigen Menschen wohnen, hat der des Konzertes gezeigt. Daran können aber auch die bader Künstler erleben, welche schöne Gelegenheit ihnen nächste Konzert bietet, volkreicher als im besten Sinne des Wortes zu wirken. Unter dem Eindruck des musikalischen Eindrucks von Sonntagabend können wir immer wieder Gedanken in den Sinn, die sich zu einem Musik-Buchzettel bezeichnen lassen. Denn wir in unserer ländlichen Stille in den Musikzeitschriften und den Tageszeitungen der Großstädte die gramme und Konzertberichte mit Interesse lesen, dann ordnen wir uns, mit begreiflicher Reide davon Kenntnis zu nehmen, wie meist dieselben Werke unserer Tonherren in jeder Konzertszeit dem Publikum dargeboten werden, einem Großstadtpublikum kann gerade die Werke fast zum Ueberdruß werden. Die wir hier in der Kleinstadt von solchen Reizern, die hier Sonntag im Hof von Holland auf dem Podium erschienen, nie hören können. Wir kam immer wieder in der Sinn: Wie beschreiblich ist es, von solchen Künstlern gepiekt, die Trio op. 100 von Schubert erklingen! Wie mögen die des Marie Leffers Mannstadt Schuberts Nocturnen oder Impromptus, Perchodens Variations, etc. und noch (z. B. „Die Hut der verlorenen Groschen“) aus Tasen hervorzuholen? Wie muß ihm, dem genialen Interpreten Schumanns Klaviermusik „liegen“! Adurten nicht auch einmal in Diez eine Bestehen-Violinsonate einmischen, wie so manche Kabinettstücke der EM. Pires unter den Meisterhänden eines Oskar Beckner klingen und klingen? Wie mag Schuberts „Erlkönig“ wirken, gesungen von Gabriele Englerth? Wenn die Wiesbadener Künstler diese scheidenen Popschläge nur ein klein wenig herabwürdigen wollten, würden sie nicht nur diese musikalischen Seelen heilficken, sondern auch die Unmöglichkeit-Scheitende wirklich machen, im alten Konzert den grandigen Eindruck vom 18. Januar noch überleben.

Sitzung der Stadtverordneten zu Diez am 22. Januar 1920.

Schluf.

5. Erhöhung des Schulgeldes der Realschule und Hochschule. Die Erhöhung muß infolge einer Verfügung des Ministers, welche der Stadt durch das Provinzialschulamt Cassel zugestellt wurde, erfolgen. Der Magistrat antragt die Erhöhung von 150 auf 180 Mark für Gemeinliche und von 180 auf 200 Mark für Auswärtige der Realschule und von 100 auf 140 Mark für Einheimische und von 120 auf 160 Mark für Auswärtige der Hochschule. Ringshausen (Dem.) stellt die Anfrage, ob der Magistrat sich noch nicht mit dem Abban der Vorschule beschäftigt hat, wenn nicht, so wünsch er für die Vorschule ein höheres Schulgeld festgesetzt zu wissen. Vom Magistrat wird geantwortet, daß jedes Jahr eine Klasse der Vorschule aufgelöst würde und dieselbe planmäßig 1922 verschwinden werde.

6. Anschaffung von Schulbänken für eine Volksschulklasse. Es ist notwendig, Schulbänke für eine Volksschulklasse anzuschaffen. Die Stadt dachte von Drantenstein 11: Bänke zu erhalten, was sich aber leider inzwischen erschlossen hat. Sie werden nun unbedingt gebraucht und es ist ein Angebot eingeholt worden, welches für dreißig Bänke auf 407 Mark freibleibend lautet. Ein Teil der Kosten werden durch einen Fonds und Staatszuschuß gedeckt, der Rest soll in laufender Rechnung gedeckt werden. Die Anschaffung wurde beschlossen.

7. Anstellung einer technischen Lehrerin an der Volksschule. Die Schuldeputation hat beschlossen, mit dem April eine technische Lehrerin anzustellen, dieselbe hat den Unterricht der jetzigen Handarbeitslehrerinnen, wie Turn- und den neu einzurichtenden Haushaltungsumricht zu erteilen. Die Vergütung beträgt 1000 Mark Grundgehalt, 420 Wohnungsgeld und die staatlichen Zulagen.

Fr. Münch (Demokr.) befragt die Anstellung begründet, daß dabei auch Haushaltungsunterricht eingeführt werden soll. Für die jetzige Handarbeitslehrerin Paul beantragt sie, ihr beim Scheiden aus dem Dienste eine Altersrente zu gewähren. Die Versammlung beschließt die Anstellung und beauftragt den Magistrat, demnächst Vorüber eine Altersrente für Fr. Paul zu machen.

8. Erhöhung der Vergütung für Reinigung der Schloß-treppe. Die Reinigung der Schloßtreppe erbligte die Strafanstalt und die Vergütung betrug bisher 7,50 Mark. Auf Antrag der Strafanstalt wird die Vergütung auf 25 Mark vierteljährlich festgesetzt.

9. Annahme eines Hilfspolizeibeamten. Bei der Polizeireich die Beamten für einen ausreichenden Sicherheitsdienst nicht mehr aus. Seither wurde schon ein Mann Tagelohn für den Nachschuttdienst beschäftigt und der Magistrat beantragt den hilfsweise beschäftigten Korn einen Tagelohn von 10 Mark für den Nachschuttdienst zu beschäftigen. Hierbei beantragt Stadtv. Huhn Vorlage einer Geschäftsverteilung der Beamten. Beide Anträge werden einstimmig angenommen. Hierbei erfolgt noch Angriffe auf die Polizeibeamten, die wiederzugeben wir uns ersparen wollen.

10. Einrichtung des städtischen Mieteneinigungs-Behördenamts und Wahl der Kommission zur Festsetzung der Höchstmieten. In einer früheren Sitzung wurden die schon Erklärungen gegeben, die vom Magistrat Beigeordnete Ehardt wiederholt. Es handelt sich hier um äußerst wichtige Beschlüsse, die einen großen Eingriff in die privatrechtliche Rechte unserer Bürger bedeuten. Die Wohnungsnot, das Hochwasser noch vergrößert, drängt aber auf die Lösung, damit die Stadt Wohnungen erhalten kann. In der Versammlung herrscht die Ansicht, die Wahl der Kommission für die nächste Sitzung aufzuschieben, da Beratungen nötig seien. Der Magistrat bittet aber andererseits, die Wahl zu vollziehen, damit die Arbeiten bezüglichen können. Man einigt sich schließlich, heute die Wahl der Kommission zum Mieteneinigungsamt, die Kommission zur Festsetzung der Höchstmieten zu wählen. Als Beisitzer werden seitherigen Beisitzer beim Amtsgericht wiedergewählt in die Kommission als Hausbesitzer W. Duthel, Frz. Reinebold, Altmacht und als Mieter Adam Ebermann, E. Langenau, Knoll und Ernst Einslage gewählt. Die Vergütung für den Leiter des Mieteneinigungsamts wird auf

für den des Wohnungsamtes auf 150 M. monatlich fest-
gesetzt.

Unter Mitteilungen wird das Schreiben des Magistrats
an die Gemeinde Freudenitz zwecks kommunaler Vereinigung
von Diez und Freudenitz verlesen. Dasselbe ist datiert vom
11. Nov. 1919. Eine Antwort ist bis heute nicht einge-
gangen. Man scheint also in Freudenitz wenig Lust zu
haben. Weiter wird mitgeteilt, daß der zur Marktkommis-
sion gewählte H. Pfeiffer die Wahl abgelehnt hat. Neubildung ist
vorläufig nicht erforderlich. Weiter legen die zum Magistrat
gewählten Stadth. Gasteier und Amelke ihre Mandate nieder.

Ueber die zahlenmäßige Wirkung der in der letzten Stadt-
verordnetenversammlung behandelten Anträge der sozialdemo-
kratischen Partei und des Zentrums über die Nachschußsteuer gibt
nachstehende Tabelle Aufschluß. Der von der Stadtverordneten-
versammlung angenommene Vorschlag des Zentrums schont zwar
die Steuerzahler etwas, bringt aber auch etwa 2200 Mark
Verlust.

Zahl der Steuer- pflicht- igen	Einkommen		Steuerfoll		%	Beitrag	
	von	bis	M	S		M	S
533	—	1200	2811	80	—	—	—
472	1200	3000	13919	—	50	6959	50
104	3000	6500	10358	—	100	10358	—
13	6500	8000	2476	—	100	(2476)	—
36	8000	15500	11680	—	125	(14600)	—
4	15500	18500	2010	—	130	15054	—
13	18500	?	15045	92	(125)	(2512)	50
					140	2814	—
					(125)	(18807)	40
					150	22568	88
						(55588)	(40)
						60849	38

In Klammer: Vermittlungsvorschlag Dienstag
Ohne Klammer: Sozialdemokratischer Antrag.

Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 29. Jan. 1920, nachm. 4 Uhr
im Rathausaal.

A. Vorlagen des Magistrats.

1. E. Wahl eines Schiedsmannes.
2. E. Kuttortreffe für 1920.
3. E. Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Arbeiter und
Ruhegehaltsempfänger pp.
4. E. Kommissionenwahl.
5. E. Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit.
6. E. Grundstücksverpachtungen pp.
7. E. Beförderung eines Beamten in den Ruhestand.
8. B. Ankauf von 3 Transformatorhäuschen der M. A. G.
9. B. Strompreiserhöhung.
10. B. Gaspreiserhöhung.
11. B. Ledwasserzuschuß.
12. B. Vertragsabschlüsse.
13. A. Pflegekostenzuschüsse der hiesigen Krankenhäuser.
14. A. Verwaltungsfreistellung Stadt-Domänenjäger.
15. A. Karnevalsbelustigungen.

B. Mittelungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst einge-
laden.

Die Akten liegen Dienstag, den 27. und Mittwoch den
28. ds. Mts. beim Schriftführer — Oberstadtssekretär Kaul
— im Rathaus während der Dienststunden offen.

Bad Ems, den 24. Januar 1920.

Der Stadtverordnetenvorsitzer.

Dr. Stemmler.

Eichenholzverkauf

Zur laufenden Wirtschaftsjahr 1919-20 sollen aus dem
Stadtwald Bad Ems „Arlimmerborn 17c“ bis zu 400 bestmester
Eichen-Stammholz geschlagen und vor dem Hieb zum Verkauf
gestellt werden. Der Verkauf geschieht aufgrund der hier allge-
mein gültigen und besonderen Holzverkaufsbedingungen, welche
Kaufstücken von hier aus zur Verfügung stehen und mit ein-
gelegtem Gebot als anerkannt betrachtet werden.

Es fallen an etwa: 60 bestmester 2. Klasse, 150 bestmester
3. Klasse, 150 bestmester 4. Klasse und 40 bestmester 5. Klasse.

Verkaufte Angebote sind für 1 bestmester nach Klassen
getrennt, bis Mittwoch, den 4. Februar l. Jrs., vor-
mittags 10 Uhr mit der Aufschrift „Eichenholz-
an und einzureichen. Es wird vorbehalten, die Genehmigung
nach Klassen oder im Ganzen zu erteilen.

Eröffnungstermin am genannten Tage 10 Uhr vormittags.
Förderer Emil Kowatzky von hier, Forsthaus ist bereit, bei zeitiger
Verhandlung das Holz auf dem Stoll vorzugeben. Derselbe
hat Fernsprechanruf „Ant Ems Nr. 290“. Der auf 28.
Januar bestimmte Zeitpunkt zur Einreichung der Angebote wird
vermerkt aufgehoben.

Bad Ems, 21. Januar 1920.

Der Magistrat.

Freibank auf dem Schlachthof zu Bad Ems.

Heute Montag, den 26. ds. Mts., Verkauf von
Rindfleisch und zwar von 3-4 Uhr nachm. auf die
Freibankstufen Nr. 451-550.

Die Schlachthofverwaltung

Zahlung der 4. Steuerrate

Die Steuerpflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht,
daß die Zahlung der Steuern und Abgaben für das 4.
Vierteljahr (Jan., Febr., März 1920) in der Zeit vom
1. bis 14. Februar zu erfolgen hat.

Diez, den 26. Januar 1920.

Die Stadtkasse.

Arbeiter-Bildungsausschuß der Sozial-Demokratischen Partei

Diez a. L. und Bad Ems.

Am Samstag, den 31. Jan. 1920 in Diez im „Hof von Holland“
und Sonntag, den 1. Febr. 1920 in Bad Ems im Kurhausaal
veranstaltet der Arbeiter-Bildungsausschuß zum Besten der Krieger-Witwen u. Waisen ein

Wohltätigkeitskonzert

mit anschließendem Ball.

Zu dem Konzert ist unter anderen das berühmte Sängerkvartett aus Dieblich a. Rh.
(18 Herren) gewonnen. Alles Nähere erfolgt durch Plakate.

Listen zum Einzeichnen von freiwilligen Beiträgen für den genannten Zweck liegen in
beiden Städten auf.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß

L. J. Kirchberger, Bankgeschäft
Bad Ems.
Ausführung sämtl. bankgeschäftlicher Transaktionen.
Eröffnung verzinslicher Scheckkonten.
L. J. Kirchberger.

Haus- u. Grundbesitzer v. Bad Ems

Der Geschäftsführer des Koblenzer Haus- und Grund-
besitzervereins, Herr Saul, wird am

Mittwoch, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr
im „Rheinischen Hof“

einen Vortrag halten zum Zwecke des Zusammenschlusses
der Haus- und Grundbesitzer von Bad Ems, die sämtlich zu
dieser für sie so wichtigen Versammlung eingeladen werden.

Mehrere Ems'er Haus- u. Grundbesitzer.

In der letzten Zeit sind uns die

Eisen- und Maschinenteile
gestohlen worden.

Wir warnen die Althändler vor Ankauf dieser Teile.

Hartsteinwerke Ruppachthal G. m. b. H.
Ruppach Lahn. [442]

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis.

Viele Verstöße gegen die Meldepflicht veranlassen uns,
die Arbeitgeber dringend darauf hinzuweisen, daß jede gegen
Entgelt (vorunter auch Kost und Wohnung zu verstehen ist)
beschäftigte Person innerhalb 3 Tagen unter Angabe des
Geburtsdatums und -orts, des Verdienstes und des Eintritts-
tages zur Krankenkasse angemeldet werden muß. Hierzu ge-
hören auch Lehrlinge, die ohne Entgelt beschäftigt sind. Wir
verweisen auf die in der M. B. D. festgesetzten empfindlichen
Strafen bis zu 300 Mark und bitten uns nicht zu schärferem
Vorgehen zu zwingen. Ebenso muß jeder Versicherte von
seinem Arbeitgeber innerhalb 3 Tagen abgemeldet
werden, widrigenfalls letzterer abgesehen von der Haftung
für Schaden durch verspätete Abmeldung zur Bezahlung der
Beiträge bis zum Abmeldetag verpflichtet ist.

Diez, den 19. Januar 1920.

Der Vorstand.

Bruch- Operation
heilung Berufsstörung
Habenichts Spezial-Institut
Koblenz, Hohenzollernstr. 20
Sprechstunden jeden Samstag 9-1 Uhr
Broschüre, Prospekte gratis.

Kaufe dauernd:

Rirsch, Nuß, Birn- u.
Apfelbaum-Stammholz
von 0,30 Mtr. Durchmesser aufwärts.

Anmeldungen bei

Heinrich Voss, Hausenan. [283]

Möbl. Villa oder
Kurhaus etc.

zu kaufen gesucht.

Offerten mit Preis u.
genaueren Angaben er-
bittet H. Nüßberg
Bad Kissingen (Ustr.),
Villa Hohmann.

Feinste ungeschälte Süß-
rahmmargarine, natur-
reinen Bienenhonig und
Dessertinen empfiehlt
M. Bräutigam, Ems.

Korken

beste Qualität. Ware in allen
Stärken zu Fabrikpreisen.

J. Weber, [346]
Vertreter Bad Ems Ralberg-
straße 4, Haus Lohfried.

Zahnersatz

mit und ohne Platte in 20 Farat.
Gold, garantiert erstklassige
Ausführung in Rautschuk,
bestes Material, Plombieren u.
Zahnziehen möglichst schmerz-
los — Behandlung sämtlicher
Kassenmitglieder. [924]

H. Ehrenberg, Dentist
Diez a. L. Rosenstraße.

Alteisen

zum Einschmelzen kaufen zu
höchst. Preis u. erb. Angebot
mit Menge u. Art.

Raffaner Drahtwerke
Raffau-L.

Tätige

Vertreter

(auch Kriegsbefähigte)
seitens d. deutschen Ver-
sicherungsgesellschaft
Gesellschaft aller Branchen gesucht.
Personen, die sich dem Haus ganz
widmen wollen, können einge-
stellt werden, um als Inspektoren
festen Aufstellung zu erhalten. Off.
unter B. 26703 an die Ge-
schäftsstelle [426]

Tanz-Unterricht.

Da wir Dienstags und Freitags in Ems zu tun haben,
richten wir gerne Kurse für moderne Tänze ein.
Anmeldungen im Hotel „Zum Weissen Ross“.

Ergebenst

Frau Käthe Volker u. Tochter,
Privatlehrerinnen.

Kaufen jedes Quantum

Alteisen

zum Preise von M. 48.— pro Zentner.

Friedrich Wesseling Wwe., G. m. b. H.
Bad Ems. [447]

Kaufe ganze Einrichtungen
sowie Möbel aller Art
zu den höchsten Preisen.

Georg Faulhaber,
Koblenz, Friedrichs-
gasse 5, a. d. Viehweiden-
Telefon 592. Kart. genügt

Kontrollkassen

gebrauchte Kass.-nat., lauff.
H. Seidenbach, Frankfurt a. M.
Süd. Odenheimerlandstr. 35.

Kleine Wohnung

1-2 Zimmer u. Küche, mit tri-
weise wohnl., von allseit. sol.
Herrn ab März oder April in
Diez zu mieten gesucht. An-
kündig. Angeb. mit genauen An-
gaben unter „Ruhiges Heim“ an
die Geschäftsstelle der Diezer Zg.
erhiten. [3-7]

Geld

gegen monatliche
Rückzahl. verleiht
H. Gaidarov, Hamburg 5

Bettmässen!

Befreiung sol. rt. Alter u. Ge-
schlecht angeb. Ankl. umsonst.
Joh. Kl. v. Reichertshausen a. Moskau.

Red. verdienst
bis 100 M. monatlich zuhause
— ohne Fortbewegung. Näheres
bei H. W. Wesseling & Co. G. m. b. H.
Berlin-Lichterfelde, Postfach 340.

Reparationsgegenst.

Besteck, Porzellan, Tisch- und
Bettwäsche, Geschirre, wenn auch
nur einzelne Sachen nach Maß-
weise u. Discretion zu kaufen
gesucht. Angebote unter B. 478
an die Geschäftsstelle. [368]

Malerei u.

Anstreicherlehrling

sucht
Chr. Wäppler,
Malermaler, Bad Ems [421]

Schuhmacher

sucht
Herrn. Geld, Diez a. L. [430]

Frau Dr. Ernst sucht nach
B. e. haben zum 15. Februar
ein tücht. ar. [446]

Mädchen,

das möglichst etwas kochen
kann. Angebote an
Frau Dr. Jul. Müller,
Bad Ems, Haus Schöndrunk. [436]

Schäferhund

zu verkaufen. [436]
Diez, Kasernenplatz 7.